

Interview mit Beate Müller-Gemmeke (MdB)

Investitionsoffensive statt Schwarzer Null

Grünen-Fraktionschef Toni Hofreiter freute sich im Rahmen seiner Eröffnungsrede unter dem Motto „Den sozial-ökologischen Wandel politisch gestalten!“, dass der Einladung der Grünen so viele Gewerkschafter gefolgt seien, um sich über die sozial-ökologische Transformation in der Arbeitswelt auszutauschen. Er verwies auf hohe Übereinstimmungen mit den Gewerkschaften zu diesem Thema, ließ aber auch anklingen, dass diese Übereinstimmung sinke, je konkreter das Problem werde.

Diese Erkenntnis stammt von seinem Beitrag zum 3. Grünen Betriebsräte- und Gewerkschaftstag zur Klimakrise, den die Bundestagsfraktion der Grünen am 20. November 2019 im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestags unter Leitung ihrer Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik, Beate Müller-Gemmeke, durchführte.

Die Veranstaltung hatte ihre Stärken dort, wo aufgezeigt wurde, dass der Wandel durchaus nicht (nur) als Bedrohung aufzunehmen sei, sondern auch als Chance. Ihre Schwächen hatte sie dort, wo das von Hofreiter angesprochene mögliche Schwinden der Übereinstimmungen zwischen Grünen und Gewerkschaften einmal konkret hätte thematisiert werden sollen.

Ob und in welcher Weise diese sozial-ökologische Transformation auch Bedeutung für den öffentlichen Dienst haben kann, war nicht Thema des Dialogs. Deshalb haben wir Müller-Gemmeke anschließend dazu kurz befragt.

tacheles: Auf Ihrem 3. Grünen Betriebsräte- und Gewerkschaftstag zur Klimakrise war die sozial-ökologische Transformation Thema. Diskutiert wurde das Ganze am Beispiel der Autoindustrie. Hat das Thema auch für den Bereich des öffentlichen Dienstes Bedeutung?

Beate Müller-Gemmeke: Selbstverständlich, denn die sozial-ökologische Transformation kann nur mit einem innovativen und leistungsfähigen öffentlichen Dienst gelingen. Ein Beispiel ist die Verkehrswende. In Zukunft muss der Fokus auf umweltfreundlichen Mobilitätsan-

geboten liegen. Der öffentliche Dienst ist gefordert, kluge klimapolitische Alternativen zu entwickeln, wie der Schienenverkehr und der öffentliche Personennahverkehr gestärkt werden können. Gleichzeitig müssen Mobilitätsprobleme im ländlichen Raum und von Menschen, die wenig verdienen, gelöst werden. Klimafreundliche und soziale Mobilität geht nur mit bezahlbaren Preisen und mit ausreichend Personal, das auch fair entlohnt wird. Die sozial-ökologische Transformation berührt beispielsweise auch das Thema Wohnen, und dabei geht es um Energieeffizienz von Gebäuden, aber auch um bezahlbaren Wohnraum. Auch hier ist der öffentliche Dienst gefragt bei den Themen Stadtplanung, Erschließung neuer Wohngebiete und sozialer Wohnungsbau. Ein starker öffentlicher Dienst ist auch zentral wichtig, wenn es darum geht, dass ökologische und soziale Standards umgesetzt, kontrolliert und eingehalten werden. Denn nur so kann der notwendige Klimaschutz konsequent gelingen. Ich bin daher überzeugt: Der öffentliche Dienst wird im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation noch wichtiger, als er ohnehin schon ist. Das muss sich dann auch in der Personalausstattung und insbesondere bei der Vergütung widerspiegeln. Denn die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben Wertschätzung und Anerkennung für ihre wichtige Arbeit verdient.

tacheles: Wenn es eine solche Bedeutung gibt, macht es dann Sinn, prioritär das Ziel einer Schwarzen Null zu verfolgen, anstatt entsprechend zu investieren?

Beate Müller-Gemmeke: Nein, die Schwarze Null macht mit Blick auf die großen Herausforderungen, die vor uns liegen, keinerlei Sinn. Es ist nicht nachvollziehbar, dass der Bundesfinanzminister trotz Negativzinsen immer noch am Fetisch der Schwarzen Null festhält, während die Infrastruktur verrottet, der öffentliche Dienst immer noch unter dem alten Sparkurs leidet und für die Klimapolitik große Investitionen dringend notwendig wären. Inzwischen unterstützen das auch Ökonominen und Ökonomen, die sich früher für eine harte Schuldenbremse ausgesprochen haben. Deshalb fordern wir anstelle der Schwarzen Null eine Investitionsoffensive. Es reicht völlig aus, wenn wir uns an die Maastricht-Kriterien halten. Es geht um unsere Lebensgrundlagen und deshalb müssen wir unsere Zukunft ökologisch und sozial gestalten.

tacheles: Kann der Bund Vorreiter bei einer solchen Transformation sein?

Beate Müller-Gemmeke: Wir müssen die Transformation auf allen Ebenen vorantreiben. Wichtig ist uns Grünen, dass wir dabei stets Ökologie und Soziales zusammendenken, und Voraussetzung dafür ist, dass wir uns mit Gewerkschaften, Arbeitgeberseite, Wissenschaft und Zivilgesellschaft vernetzen und austauschen. Dafür haben wir im November den Grünen Betriebsräte- und Gewerkschaftstag genutzt. Aus demselben Grund haben wir im Mai den Grünen Gewerkschafts- und Sozialbeirat als dauerhafte Dialogplattform gegründet. In diesem Forum wollen wir gemeinsam mit den Mitgliedern Antworten finden auf die großen Herausforderungen und grüne Konzepte zur Diskussion stellen. Und dafür brauchen wir natürlich auch die Sichtweise des öffentlichen Dienstes. Deshalb freue ich mich sehr, dass der dbb beamtenbund und tarifunion mit dabei ist und den Beirat bereichert. ■

